

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

9.5.1924 (No. 109)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. v. d.
Roth

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,50 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 cm Höhe und ein Tag. Mehrere Zeilen und längere Anzeigen nach Vereinbarung. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Rabatt in Rechnung zu setzen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigeneinstellung, Zwangsweiser Verbreitung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Wirtschaftliche Umschau

Reichstagswahlen und Sachverständigenbericht, diese beiden aktuellsten Themen, in denen eine Summe von politischen und wirtschaftlichen Einzelfragen enthalten ist, stehen gegenwärtig im Mittelpunkt der Erörterung. Es wird nicht nur darauf ankommen, wie sich die kommende deutsche Regierung und der neue Reichstag zum Sachverständigengutachten stellen, sondern auch darauf, wie sich im weiteren infolge des Ausfalls der Reichstagswahlen die Summen der Stimmungen in den alliierten Ländern und den Auffassungen der dortigen Regierungen gestalten. Dazu kommt noch als weiteres Moment, daß die französischen Wahlen bevorstehen. Erst dann wird die internationale Lage ein übersichtlicheres Aussehen bekommen.

Die Wirtschaftslage ist nach wie vor recht ernst und von den verschiedensten Seiten bedroht. Die schweren Gefahren unsere so mühsam herbeigeführte Stabilität. Die Kredit- und Kapitalnot hält an, als Zeichen der Verarmung der deutschen Wirtschaft. Die Banken erhöhen zwar die Zinsen für Depozitengelder, aber während vor dem Krieg die Summe der Bank- und Sparguthaben rund 35 Milliarden betrug, sind es heute im Vergleich dazu kaum nennenswerte Beträge. Die Sparguthaben sind aufgegeben, entwertet, in oft recht unglückliche Sachwerte geflüchtet. Die Wirtschaft verjagt zwar vielfach über Sachwerte, ihr fehlt es aber an allen Ecken und Enden an Betriebskapital.

Wichtige Voraussetzungen für die Gesundung sind zwar, inwiefern es in unseren Kräften liegt, durch die vorläufige Ordnung der Staatsfinanzen und die Herbeiführung einer Stabilität der Währung geschaffen — die allerwichtigste, die Lösung der Reparationsfrage, steht freilich noch aus — aber die weiteren Schritte, die nicht durch Gesetze und Verordnungen herbeigeführt werden können, sondern aus dem Volk und der Wirtschaft kommen müssen, lassen auf sich warten. Wir wissen, daß nur Vermehrung der Produktion, Intensivierung der Arbeitsmethoden, Erhöhung des Exports uns retten können. Aber wie sieht es damit aus!

Während uns die Tatsachen immer wieder in die Ohren hämmern sollten, daß nur die Arbeit uns retten kann, haben wir überall wegen der Arbeitszeit Streiks, Ausperrungen und Stilllegungen, wovon jetzt sogar der für die deutsche Wirtschaft grundlegende Steinkohlenbergbau betroffen ist.

Dabei hält die Passivität der Handelsbilanz an. Auch der März weist wieder einen Einfuhrüberschuß von 238,6 Millionen Goldmark auf. Sowohl die Ausfuhr wie die Einfuhr ist zurückgegangen, aber die Einfuhrverminderung erstreckt sich hauptsächlich auf den Rückgang der Rohstoffzufuhr, während die Einfuhr von Lebensmitteln, Getränken und Fertigwaren sogar gestiegen ist. In unserem Außenhandel ist im ersten Vierteljahr 1924 bisher ein Fehlbetrag von 625,5 Millionen Goldmark zu verzeichnen. Diese Summen sind ins Ausland gegangen und um sie ist Deutschland weiter verarmt.

Was Deutschland not tut, geht ohne weiteres daraus hervor, es muß mit allen Mitteln der Export zu steigern und die Einfuhr zu vermindern suchen. Wein, Vikore und Seide aus Frankreich, Bier aus der Tschechoslowakei, Südfische aus Italien und Spanien — solche Luxuswaren können und müssen wir heute entbehren, namentlich wenn die Erzeugungsländer teils eine uns feindliche Politik treiben, teils, wie Spanien, sich hermetisch gegen die deutschen Waren abschließen.

Was die Förderung der Ausfuhr anlangt, so muß zunächst der Ruf nach einer übersichtlicheren Handelsstatistik erhoben werden, aus der Ein- und Ausfuhr nach Herkunftszwecken bestimmungsländern ersichtlich sind. Was aber am meisten unsere Ausfuhr erschwert, sind die hohen Preise deutscher Waren, die mit denen des Auslands nicht konkurrieren können. Dieses Ziel wird vor allem durch Mehrarbeit erreicht, während in Deutschland gerade das Gegenteil sich in immer neuen Streiks, Ausperrungen und Betriebsstilllegungen auswirkt.

Auf dem Devisenmarkt hat sich insofern eine Besserung gezeigt, als die Bedarfsmeldungen täglich zurückgehen, mehr Material einfließt und die Zuteilungen verhältnismäßig erhöht werden konnten.

Im Ausland ist die Mark im allgemeinen festgeblieben, wenn sie auch in den letzten Tagen eine leichte Abschwächung erfahren hat.

Auf den Effektenbörsen herrschen nach wie vor Mißtrauen und Pessimismus, so daß es dort zu keiner Erholung kommen konnte. Das Angebot wiegt bei weitem über und Insolvenzgerüchte drücken immer wieder auf die Kurse.

Wie Deutschland, so sind auch zwei andere europäische Staaten in der Sanierung ihrer Währung begriffen, Polen und Ungarn, für die es ebenso Zeit ist, wie es für Deutschland Zeit war, hier wieder Ordnung zu schaffen.

In Polen tut man, als ob man stolz sein und die Hilfe des Auslandes verschmähen könnte. Die bereits mit ausschließlich inländischem Kapital ins Leben gerufene polnische Notenbank findet aber erhebliche Bedenken bei den Wirtschaftlern des Auslandes, die u. a. darauf hinweisen, daß es sich um eine überhastete Gründung handelt und daß sowohl die Unsicherheit der Staatsfinanzen und das verhältnismäßig geringe Grundkapital, wie auch die infolge der polnisch-ober-schlesischen Kohlenlieferungen nach Deutschland nur vorübergehende Aktivität der polnischen Handels- und Zahlungsbilanz den Erfolg sehr fraglich erscheinen lassen. Zudem sind an der Notenbank die polnischen Wirtschaftskreise, also die eigentlich trag- und kreditfähigen Schichten nicht in dem Maße beteiligt, wie es wünschenswert wäre, sie betrachten nämlich, wie übereinstimmend berichtet wird, mit erheblicher Reserve die Sanierungsmaßnahmen des Finanzministers Grabski. Dazu haben sie auch einigen Anlaß, denn die Finanzgebarung Polens hat sich im übrigen nicht so stolz wie in der Notenbankfrage dem Ausland gegenüber gezeigt. So ist die italienische Anleihe nur gegen Verpfändung des polnischen Tabakmonopols möglich geworden und Polen mußte sich dabei verpflichten, 60 Prozent seines Tabakbedarfs von einer italienischen Tabakfirma zu beziehen. Dazu steht ein Spiritusmonopol, gleichfalls unter ausländischem Protektorat in Aussicht und der Ministerrat sah sich erst kürzlich gezwungen, eine Anzahl von Staatsunternehmen, Kohlengruben, Natphosphorvorkommen, Werksstätten, Mühlen, Ziegeleien usw. an ausländische Liebhaber zu verkaufen. Die direkten Steuern kommen derart langsam ein, daß sie in erheblichem Umfang auf dem Zwangswege durch Exekutionen eingetrieben werden müssen, und dabei steht ein noch erheblich stärkeres Anziehen der Steuerfächer in Aussicht.

In Ungarn sind die Sanierungsgeetze jetzt vom Parlament angenommen. Mit Hilfe einer Auslandsanleihe soll, ähnlich wie in Oesterreich, eine Notenbank geschaffen und bis zum Juni 1926, also innerhalb zweier Jahre, das Gleichgewicht des Staatsbudgets hergestellt werden. Auch eine Zwangsanleihe steht in Aussicht. In der Auslandsanleihe werden sich wohl in erster Linie England und Amerika beteiligen. Man wird abwarten müssen, wie sich die Dinge in dem durch die hobgierigen Nachbarn so verstimmelten Land weiter entwickeln werden.

Daß die Sanierung nichts Einfaches ist, zeigt das Beispiel Oesterreichs, wo man noch lange nicht über dem Berg ist. Man hat die Lage dort kürzlich folgendermaßen treffend zusammengefaßt: Der Völkerbund und seine Kommission wollen Oesterreich sanieren und am Leben halten, die österreichische Regierung muß auch die Oesterreicher am Leben halten. Während man von Genf her weitere Spar- und Abbaumaßnahmen fordert, glaubt man in Wien einfach nicht mehr weiter gehen zu können, wo an und für sich, auch infolge der starken Beteiligung an Fransespekulationen, eine schwere Wirtschaftskrise herrscht.

Aufhebung der Ausreisegeld für transatlantische Reisen. Am 16. April hat der Reichsfinanzminister Ausnahmebestimmungen für die Erhebung der Ausreisegeld erlassen: Dar-nach werden alle Transatlantikfahrten eine Ausreisegeld bei Erteilung des Unbedenklichkeitsvermerks nicht erhoben. Als Transatlantikfahrten gelten alle Überreisen nach anderen Kontinenten mit Ausnahme der Reisen nach den Mittelmeerländern und nach den kanarischen Inseln.

Generalstreik in Argentinien. Infolge des Generalstreiks der argentinischen Arbeiterschaft ist die Versorgung der Hauptstadt mit Brot und Fleisch schwer gefährdet. Der ganze Geschäftsverkehr ist gelähmt. Der Generalstreik erstreckt sich über das ganze Land. In Buenos Aires kam es zu heftigen Straßenkämpfen zwischen Polizei und Streikenden.

Die Jubalandfrage. Daily Telegraph zufolge wird die Regelung der Jubalandfrage zwischen Großbritannien und Italien baldigt erfolgen.

Die Sachverständigenberichte

Seit den letzten Sitzungen der Reparationskommission hat die Öffentlichkeit von dem Fortgang der Arbeiten zur Verwirklichung der Vorschläge der Sachverständigen keine Kunde mehr erhalten. Die deutschen Mitglieder für die drei Organisationskomitees sind bereits am 28. April ernannt worden und die Gesetzesvorlage, die für die Errichtung der Goldnotenbank, für die Umbildung der Reichsbahn in Gesellschaftsform und für die Belastung der Industrie nötig sind, sind in Ausarbeitung. Die Reparationskommission hat die von ihm zu bestimmenden Mitglieder der Organisationskomitees am 1. Mai ernannt und es ist auch gemeldet worden, daß sich diese Mitglieder an den folgenden Tagen mit einander in Verbindung gesetzt hätten. Eine Einladung an die deutschen Mitglieder ist dagegen noch nicht ergangen. Überhaupt ist, wie die „Frankf. Bzt.“ aus Berlin meldet, seitdem nichts mehr geschah, um die Arbeiten zu fördern. Dies fällt um so mehr auf, als das Komitee Dames selbst im 17. Kapitel seines Berichtes die Dringlichkeit seiner Vorschläge betont hat. Außerdem ist die labile Lage in der Produktionswirtschaft am Rhein und an der Ruhr ein weiteres gewichtiges Moment, das eine schnelle Lösung verlangt. Auf deutscher Seite ist man selbstverständlich bereit, sofort die gemeinsame Arbeit in den Organisationskomitees aufzunehmen; den Arbeitsplan zu bestimmen, sind wohl die Komitees selbst berufen. Aus der Natur ihrer Aufgaben ergebe sich wohl von selbst, daß sie ihre Tätigkeit zunächst in Berlin aufnehmen hätten, wenn die neue Bank und die neue Eisenbahngesellschaft zu errichten sind. Aber notwendig wäre vor allem, daß die Arbeiten überhaupt möglichst rasch in Gang gebracht werden.

Bevorstehende Zusammenkunft Macdonald-Poincaré?

Der Pariser „Matin“ glaubt mitteilen zu können, daß Macdonald den Wunsch geäußert habe, mit Poincaré baldigt persönlich zu verhandeln. Die Zusammenkunft werde wahrscheinlich im Laufe des Monats Mai stattfinden. Am 16. Mai empfange Paris den Ras Taffari, den Regenten von Mesopotamien, und am 25. Mai den König der Serben. Zwischen diesen beiden Besuchen werde wahrscheinlich die Zusammenkunft stattfinden.

Der „Matin“ fügt hinzu, daß sei auch wünschenswert, denn man habe keine Zeit zu verlieren, um der deutschen Reaktion zu beweisen, daß keine Macht sie in der Politik des Widerstandes gegen den Friedensvertrag unterstützen werde. Der Bericht der Sachverständigen sei überall angenommen worden. Der „Matin“ geht sogar soweit, hinzuzufügen, daß nur Deutschland Vorbehalte gemacht habe, gerade als ob nicht die öffentlichen Reden Poincarés über das Sachverständigenprogramm und die anderen Mitteilungen der französischen Regierung an die Reparationskommission bekannt seien. Der „Matin“ treibt seine Verdächtigungen sogar soweit, daß er das Sinken des französischen Franken in Verbindung mit der Reparation bringt. Er schreibt, bei dem Herannahen der französischen Wahlen sei eine neue Offensive gegen Frankreich unternommen worden. Die Spekulation benütze jede Gelegenheit, um die Liquidierung hinauszuzögern. Die offiziellen Blätter der französischen Regierung sind sich offenbar nicht einig.

Der „Petit Parisien“ hat es offenbar nicht so eilig wie der „Matin“. Er hält es für wenig wahrscheinlich, daß die Zusammenkunft zwischen Poincaré und Macdonald vor Mitte Juni stattfinden werde, denn anscheinend würden die belgischen Minister nach ihrer Unterredung mit Mussolini wiederum eine Unterredung mit Poincaré haben. Es sei übrigens auch gar keine Veranlassung vorhanden, die Angelegenheit zu überhastigen. Das britische Schahamt beschäftigt sich im Augenblick damit, für die französische Regierung ein Memorandum auszuarbeiten, um den Standpunkt des englischen Kabinetts zum Sachverständigenbericht klar zu legen. Es bestreite also ein Interesse, dieses Dokument abzuwarten und es bis ins einzelne zu studieren, bevor die meisten Staatsmänner ihre Meinung austauschten. Außerdem sei ein wesentlicher Faktor die Lage in Deutschland. Der neue deutsche Reichstag trete erst am 22. Mai zusammen, und bevor man nicht die Tendenz der neuen deutschen Regierung und des deutschen Reichstags kenne, könne man nur akademische Diskussionen ohne besondere praktische Tragweite unternehmen.

Auch der „Temps“, der bisher die Obstruktion der französischen Regierung gegen das Programm der Sachverständigen sehr entschieden bekämpfte und sich den Anschein gegeben hat, als wüßte er dessen lokale Erfüllung nicht nur durch Deutschland, sondern auch durch Frankreich, deutet seine Karten auf. Er spricht die Hoffnung aus, daß die neue deutsche Regierung, in der die deutschnationale Volkspartei eine ausschlaggebende Rolle spielen werde, durch ihren Widerstand die in Aussicht genommene Lösung zum Scheitern bringen werde, so daß das von Poincaré angestrebte Ziel erreicht wird, ohne daß die Verantwortung dafür auf Frankreich fällt und schreibt: „Wenn schon der Sachverständigenbericht torpediert werden soll, so ist es entschieden besser, wenn dies von deutscher Seite geschieht, als von Frankreich.“ Dafür glaubt das Blatt bereits sichere Anzeichen nicht nur in den angeblich von der Regierung Stresemann-Marz gegen den Expertenplan formulierten Vorbehalten, sondern auch in dem von ihm behaupteten Widerstand der deutschen Sozialdemokraten gegen die geforderte Umwandlung der Reichsbahn in eine Privatgesellschaft erblicken zu können.

Der ängstliche General Degoutte

Der Brüsseler Berichterstatter der Londoner „Times“ meldet, Donnerstag nachmittag habe in der belgischen Hauptstadt ein Meinungsaustrausch im Hinblick auf die Möglichkeit der Räumung des Ruhrgebietes stattgefunden. Wie verlautet, hat General Degoutte die Gefahr betont, die in der völligen Aufgabe der Leitung der Ruhr-Eisenbahnen liege, solange noch Truppen im Ruhrgebiet verbleiben. Seiner Ansicht nach sollten eine Anzahl französischer Eisenbahnbeamten zurückbehalten werden, um den Dienst auf den notwendigen Linien sicherzustellen, solange an gewissen Punkten Truppen, wenn auch nur in der Form einer unsichtbaren Besetzung zurückgelassen würden. Degoutte sei der Ansicht, daß die französischen Truppen nicht einem eventuellen Handstreich auf Gnade oder Ungnade von Eisenbahnern überlassen werden könnten (17). Er habe einen Plan unterbreitet, der den Zweck verfolge, die Rückkehr der Eisenbahnen an die deutsche Regierung mit der Sicherheit der eigenen Truppen in Einklang zu bringen, die im Ruhrgebiet zurückgelassen und im Verhältnis der Zahlungen zurückgezogen werden sollen.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ führt aus, die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes werde vor dem nächsten Januar behandelt werden müssen. Bis dahin werde sich England zu entscheiden haben, ob der Kölner Präsidenten von seiner gegenwärtigen britischen Garnison geräumt werden solle oder nicht. Im Zusammenhang mit dieser besonderen Frage verlautet, daß die genaue juristische Auslegung der Artikel 428 bis 430 des Versailler Vertrages in der letzten Zeit von gewissen britischen Sachverständigen erwogen worden sei. Einige derselben neigten Schlüssen zu, die sowohl von der Auslegung Boicardes, als auch von der bisherigen britischen Auffassung abwichen.

Zur Reichstagswahl

bringen die Blätter noch verschiedene Einzelheiten über das Wahlergebnis in Osnabrück berichtet die „Frankfurter Zeitung“, daß dort der Ansturm der Deutschnationalen und Völkischen völlig daneben gegangen ist. Trotz eifrigster Agitation brachten es die Völkischen nur auf 17 900 Stimmen, und die Deutschnationalen konnten seit der Landtagswahl von 1921 (1920 hatten sie keine eigene Kandidatur) ganze 9800 Stimmen gewinnen. Den drei heftigsten Koalitionsparteien ist es gelungen, einen Erfolg davon zu tragen. Bei der Landtagswahl von 1921 verloren sie nämlich gegenüber der Reichstagswahl von 1920. Das Zentrum und die Sozialdemokraten haben diese Verluste ausgeglichen; letztere sind sogar noch über ihre Zahlen von 1920 hinausgekommen. Die Demokraten konnten ihren damaligen Verlust — besonders durch namhafte Gewinne im besetzten Rheinischen — um 6000 Stimmen verringern. Die Deutschen Volkspartei hat von 1920 auf 1921: 16 500 Stimmen und jetzt weitere 11 400 Stimmen verloren.

Die Wahlen in den drei hannoverschen Wahlkreisen Südhannover-Braunschweig, Osthannover und Weser-Ems haben ein besonderes Interesse in Hinblick auf die am 18. Mai stattfindende Vorabstimmung über die Abtrennung Hannovers von Preußen. Die Deutsch-Hannoversche Partei hat es nämlich trotz einer ebenso umfangreichen wie kräftevollen Agitation nicht fertig gebracht, ihre Stimmenzahl von der letzten Reichstagswahl aufrechtzuerhalten. Sie schneidet insgesamt mit einem Minus von rund 10 000 Stimmen ab (308 000 gegen früher 318 000). Diese Verluste liegen besonders im Reg.-Bez. Hildesheim, der als Hochburg der D.-H. galt und für den mit Stade zusammen die Abstimmung zuerst allein beantragt worden war. Ebenso haben sie im Regierungsbezirk Osnabrück teilweise bis zu 20 Prozent ihrer Stimmen eingebüßt. Dagegen vermochten sie im Wahlkreis Südhannover und besonders in der Stadt Hannover ihre Stimmenanzahl um zusammen rund 9000 Stimmen zu steigern. Die Aussichten für das Gelingen der Vorabstimmung sind damit sicherlich nicht gewachsen, und die Möglichkeit, diese im nationalen Interesse höchst debauerliche Aufrollung der Frage jetzt zu verhindern, ist erheblich größer geworden. Die Entscheidung wird wesentlich bei den Teilen der Randbevölkerung liegen, die am 4. Mai deutschnational gewählt haben. Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei hat für alle drei Wahlkreise die Parole „Nein“ ausgegeben. Hoffentlich scheidet die Parteidisziplin über die agitatorische Präze.

In Schleswig-Holstein sind bei der Reichstagswahl im ganzen 17 659 dänische Stimmen abgegeben worden. Die dänische Stimmenzahl ist damit gegenüber dem Jahre 1921 um 2962 Stimmen angewachsen. In Flensburg wurden im ganzen 600 dänische Stimmen mehr abgegeben als im Jahre 1921. Die Dänen werden nach dem Ergebnis der gleichzeitig abgehaltenen Kommunalwahlen 7 Abgeordnete in das Flensburger Stadtparlament senden, wo sie bis jetzt keinen Vertreter hatten. Merkwürdigerweise sind in Holstein fast ebensoviel dänische Stimmen wie in den beiden Grenzkreisen Flensburg und Südtönen abgegeben worden. Sogar auf Helgoland haben es die Dänen zu 136 Stimmen gebracht. Ihr Erfolg ist außer der allgemeinen Unzufriedenheit durch eine sehr starke Propaganda zu erklären, die sich dabei geschickt unter der Organisation eines „Schleswigischen Vereins“ zu verstecken wußte.

Die deutsch-sozialistische Partei des Berliner Antisemiten Runge hat bei den Wahlen in keinem Wahlkreise die für die Erlangung eines Mandats notwendigen 60 000 Stimmen aufbringen können. Trotzdem sind den Deutsch-Sozialen in der offiziellen Wahlstatistik 4 Mandate zugesprochen worden. Sie hat jedoch, wie die Blätter ausführen, nur Anspruch auf 2 Mandate: Einem Reichswahlvorschläge kann höchstens die gleiche Zahl der Abgeordneten zugezählt werden, die auf die ihm angeschlossenen Kreiswahlvorschläge entfallen sind. Der Reichswahlleiter vertritt im Gegensatz dazu die Auffassung, daß auch die Mandate, die einer Partei durch die Wahlkreisverbände zufallen, bei der Zuteilung der Mandate auf die Reichsliste anzurechnen sind.

Kommunistenverhaftungen in Mecklenburg. Nach einer Meldung aus Schwerin wurde am Dienstag in Neu-Brandenburg eine Zusammenkunft von mecklenburgischen Kommunisten von Kriminalbeamten und Schutzpolizei aufgehoben. Die Zusammenkunft hatte den Zweck, eine Festsache einzurichten. Sechs Kommunisten wurden verhaftet, darunter ein Schweriner Landtagsabgeordneter, namens Erich Schmidt, sowie der Hauptkater an der Ermordung des Arbeiters Jonas. Einer der Verhafteten, der einen Fluchtversuch machte, wurde durch einen Revolverbeschuß eines Polizeibeamten verletzt.

Der deutsch-russische Konflikt

Einführung eines Schiedsaussschusses?

Wie die Berliner Blätter zu der Nachricht über die Einführung eines deutsch-russischen Schiedsaussschusses zur Beilegung des Zwischenfalles in der russischen Handelsvertretung mitteilen, ist ein solcher Vorschlag weder von deutscher noch von russischer Seite ausgemacht worden. Richtig ist, daß der Gedanke ausgetauscht wurde, durch eine Kommission die Gegensätze und Widersprüche in den Darstellungen der Vorgänge aufzuklären und den wirklichen Tatbestand feststellen zu lassen.

Aber den Zweck der Reise des russischen Votschafters in Berlin, Krejstinski, nach Moskau, macht der „Berl. Lokalanzeiger“ sensationelle Mitteilungen. Danach begibt sich in Wirklichkeit der Votschafter nur nach Rußland, um bei seiner Regierung energisch gegen das Verhalten der ihm nicht direkt unterstehenden Handelsvertretung zu protestieren. Nach außen hin ist Krejstinski zwar auch oberster Chef der Handelsdelegation, tatsächlich aber ist dieses Institut in mehrfacher Hinsicht nichts anderes, als eine Kulisie der Berliner kommunistischen Propaganda und unterteilt der Agitationsabteilung des Exekutivkomitees der III. Internationale. Krejstinski, dem die Berliner Handelsdelegation als kommunistische Propagandazentrale Berlins schon wiederholt Schwierigkeiten bereitet hat, will nun auf Grund des jüngsten Zwischenfalls Absicht fassen. Die vorübergehende Schließung der Delegation, die in letzter Zeit ausgesprochen das Hauptquartier dunkler kommunistischer Elemente geworden ist, dürfte zurückzuführen sein, daß das Institut der Räte-Russischen diplomatischen Vertretung in Berlin überaus unangenehm geworden ist. Auch dürfte bei der neulichen Hausdurchsuchung — wenn auch die Berliner Polizeibehörden jede Auskunft verweigern — außerordentlich belastendes Material gefunden worden sein. Man hat recht interessante Dokumente mit Beschlag belegt; u. a. Geheime Flugblätter für Schutzpolizisten und Reichswehr, in denen diese zum Ungehorsam gegen die deutsche Regierung aufgefordert werden, Geheimschriften mit Anweisungen an die Funktionäre der KPD, Hinweise auf die kommunistische Festsache. Man kann begreifen, daß dies dem russischen Votschafter außerordentlich unangenehm sein muß.

Die kommunistische „Große Anfrage“

Wie schon gemeldet, hat die kommunistische Fraktion des preussischen Landtags eine Große Anfrage eingebracht, ein Vorgehen einer Partei, im Interesse einer auswärtigen Macht, wie es nur in Deutschland möglich ist. Es heißt darin: „Diese große Verletzung von Verträgen und völkerrechtlichen Gegebenheiten gefährdet aufs schwerste die politischen und wirtschaftlichen Interessen, die die deutschen und russischen Arbeiter und Bauern verbinden.“ ... „Erfolge die Durchführung nicht vielmehr, um sich in den Besitz von Staatsgewalt zu setzen? Welche Kapitalistischen Kreise haben dazu angereizt? Oder erfolgte diese Kolonialaktion mit der Absicht der Störung der deutsch-russischen Beziehungen im Interesse der Entente? Ist das Staatsministerium bereit, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß durch Leistung vollständiger Genugtuung gegenüber der Union der SSR die Fortdauer und Verstärkung der bereits eingetretenen schweren Schädigungen vermieden werden?“

Die russischen „Sanktionen“

Wie an der Berliner Produktentbörse bekannt wurde, hat die Handelsvertretung der Russischen Sowjet-Republik in Berlin infolge des bekannten diplomatischen Zwischenfalles es abgelehnt, in Zukunft noch Geschäfte in Moskau mit deutschen Firmen oder sonstigen Stellen zu tätigen. Diese Drohung hat auf die Börse wie auch auf die ganze Marktlage feinerlei Eindruck gemacht. Wie bekannt ist das Angebot gerade in Moskau in den letzten Wochen und Monaten so reichlich gewesen, daß die Wahlen nur einen ganz geringen Teil des offerierten Materials aufnehmen konnten. Darüber hinaus macht sich besonders im Holzgeschäft eine Wertschätzung bemerkbar, die zum großen Teil auf die sehr reichliche Ernte des Vorjahres zurückzuführen ist. Die Vorräte im Lande, die sich zum großen Teil im Besitz der Reichsgüterbetriebe, aber auch in Händen der Landwirte wie des Handels und der Mühlen befinden, sind so reichlich, daß eine Notmarktlage bis zur nächsten Ernte vollkommen ausgeschlossen erscheint.

Der Arbeitskampf im Ruhrgebiet

Aus Essen hat sich eine Abordnung der vier Bergarbeiterverbände nach Berlin begeben, um mit dem Reichsarbeitsminister über den Bergbaukonflikt zu verhandeln. Die Abordnung will versuchen, den Reichsarbeitsminister zu einer neuen Vermittlung zu bewegen. In Westfalen sollten heute vormittag in der Bergwerksdirektion unter deren Verwaltung die staatlichen Zechen im nördlichen Bezirk des Ruhrkohlenbergbaues stehen, die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgenommen werden, um die Möglichkeit der Lösung des Konflikts zu erörtern.

Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, gewinnt die Aussperrung der Bergarbeiter des Ruhrgebietes an Ausdehnung. Die Arbeiter leben es ab, acht Stunden unter Tage zu arbeiten. Die Gruben, welche am Mittwoch ihre Tore noch nicht geschlossen hatten, waren am Donnerstag genötigt, dies zu tun, da die Bergleute die Arbeit nach vollendeter 7stündiger Arbeitszeit verließen. Am Donnerstag lagen von den Ruhrzechen ungefähr 90 Prozent still. Aber die Kosten des Kampfes teilt die „Vossische Zeitung“ mit, daß von industrieller Seite die Verluste für den Bergbau auf täglich 8—9 Millionen Mark geschätzt werden. Dazu komme die außerordentliche Kapitalnot, die den Betroffenen die Durchhaltung des Kampfes erschwere. Andererseits seien aber auch die Bergarbeiterlöhne spärlich verfahren, und die großen Gewerkschaften seien nicht in der Lage, einen neuen Arbeiterkampf zu finanzieren. Es liege also im Interesse beider Parteien, möglichst bald zu einem Ausgleich zu kommen.

Störungen in der Kohlenversorgung sind wegen des Streiks der Grubenarbeiter vorläufig nicht zu befürchten. Nach amtlichen Feststellungen sind nicht nur die Eisenbahn und die Gas- und Elektrizitätswerke für ausreichende Zeit versorgt, sondern die Industrie hat recht gute Vorräte. Der Bedarf an Auslandskohle ist natürlich in dieser Jahreszeit recht gering und kann auf längere Zeit aus den Vorräten der Händler und der Umschlagplätze gedeckt werden, zumal auch auf den Wasserstraßen noch erhebliche Mengen von Kohlen schwimmen.

Der bayerische Deimats- und Königsbund verkündet die Absicht, große „weiß-blaue Bayerntage“ für ganz Bayern zu veranstalten, an denen sich seine Anhänger zum „weiß-blauen Banner“ mit der Königskrone, das wieder errichtet werden müßte, bekennen sollen. Es handelt sich offenbar um ein Konzentrationunternehmen gegen die deutschen Tage der Völkischen.

Politische Neuigkeiten

Für einen Weltschiedsgerichtshof im Haag

Wie aus Washington gemeldet wird, hat Senator Lodge im Senat eine Entschließung eingebracht, in der die Errichtung eines Weltschiedsgerichtshofes im Haag vorgeschlagen wird, dem die Vereinigten Staaten beitreten würden.

Der Schiedsgerichtshof soll vom Völkerbund völlig unabhängig sein. Er soll zusammengesetzt werden aus 16 Richtern, von denen fünf von jedem der fünf großen Nationen (Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan) zu bestehen, die übrigen sechs von den übrigen Nationen zu wählen. Die Richter sollen von einer Wahlkommission ausgewählt werden. Diese Kommission habe zu bestehen aus einem Vertreter jeder einzelnen von den 16 führenden Nationen der Welt und eines Sonderausschusses, zusammengesetzt aus Vertretern der Vereinigten Staaten, des britischen Reichs, Frankreichs, Italiens, Japans, sowie auch Vertretern von fünf anderen Signatarmächten, die sämtliche Signatüre durch Mehrheitsbeschluß wählen würden. Der Gerichtshof würde mindestens einmal im Jahre tagen und zwischendurch von einem seiner Präsidenten zu außerordentlichen Tagungen einberufen werden können. Die Signatäre würden die Rechtsprechung des Gerichtshofes als obligatorisch ipso facto in allen Fällen von Rechtsstreitigkeiten betr. Vertragsauslegung, Fragen des internationalen Rechts, Fragen der internationalen Verpflichtungen, sowie hinsichtlich der Art und Höhe der Entschädigung für derartige Verpflichtungen betrachten.

Die Tatsache, so erklärt der „Newport Herald“, daß Lodge nicht nur Vorsitzender des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, sondern auch republikanischer Parteiführer sei, mache ihn zum gegebenen Sprecher des Weissen Hauses, und des Staatsdepartements im Senat. Im Hinblick darauf wird erklärt, daß der Plan mit einiger Sicherheit als mit den Ideen des Präsidenten Coolidge übereinstimmend angesehen werden kann.

Die Regierungsbildung in Bayern

Mehrere Blätter melden aus München, daß die Bayerische Volkspartei bestrebt sei, eine Koalition in der Mitte stehenden Parteien mit Ausschluß der Partei der Völkischen, der Sozialdemokraten und der Kommunisten zu bilden. Eine solche Koalition würde im Landtag über 74 Sitze gegenüber 55 der Opposition verfügen. Als neuer Ministerpräsident wird in den Kreisen der Bayer. Volkspartei wieder v. Arnim genannt.

Die bayerische Staatsregierung ist an den Chef der Landespolizei, Oberst v. Seifer, mit der Aufforderung herangetreten, von seinem Posten zurückzutreten. Die Staatsregierung muß besonderen Wert darauf legen, daß die bayerische Landespolizei vollkommen unpolitischen Charakter trägt und in ihren eigenen Reihen von innerpolitischen Auseinandersetzungen und Gegenfragen befreit bleibt. Vorausgesetzt dafür ist, daß das Landespolizeiamt von einer Persönlichkeit geleitet wird, die nicht selbst politisch umfritten ist. Diese Voraussetzung findet die Staatsregierung bei Oberst v. Seifer nicht für gegeben. Während des Urlaubs, den Polizeioberst v. Seifer in diesen Tagen antreten wird, wird die Geschäfte des Landespolizeiamtes vertretungsweise der Chef des Landespolizeikommandos in Jülich, Gareis, übernehmen.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus München meldet, soll von der bayerischen Staatsregierung außer an Polizeioberst v. Seifer auch an den Regierungspräsidenten von Oberbayern Dr. v. Rahr ein Schreiben gerichtet worden sein, in welchem ihm nahegelegt wird, sein Rücktrittsgesuch einzureichen. Das Ermittlungsverfahren gegen Rahr, Löffel und Seifer nimmt seinen Fortgang.

Zu dem Rechtsstreit des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen

gelangte am Donnerstag vor der 4. Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin die Frage der Rechtswirksamkeit der Beschlagnahme des Vermögens des preussischen Königshauses zur eingehenden Erörterung. Der frühere preussische Finanzminister Videmann hatte auf Grund der Beschlagnahme-Bescheidung vom 30. November 1918 auch das Vermögen, das der Prinz bei seinem Berliner Bankhaus liegen hatte, gesperrt und dem Bankhaus jede Auszahlung an den Prinzen verboten. Der Prinz strengte gegen das Bankhaus Klage auf Herausgabe des Vermögens an und begründete die Klage damit, daß die Beschlagnahmeverordnung gegen die Verfassung verstoße, da sie die verfassungsmäßig gewährleistete Freiheit des Eigentums verlege und das Verfügungsverbot deshalb rechtsunzulässig sei. Das Gericht schloß sich diesem Standpunkte an, stellte die Rechtsunwirksamkeit der Beschlagnahmeverordnung fest und erkannte nach dem Antrag des Prinzen.

Im mecklenburgischen Landtag

erklärte am Donnerstag der am Mittwoch erneut gewählte bisherige Ministerpräsident von Brandenstein, daß er die Wahl annehme.

Die Kommunisten brachten darauf daselbst Mißtrauensvotum ein, mit dem die Völkischen die Regierung gestützt hatten. Desgleichen brachten die Völkischen ihr Mißtrauensvotum ein. Dann aber zogen die Völkischen ihr Mißtrauensvotum zurück und stimmten in der gleichen Frage für die Regierung, in der sie zwei Tage vorher das Kabinett befristet hatten, obwohl Brandenstein ausdrücklich erklärte, daß sich an seinem Standpunkt zum Sachverstandigengutachten nichts geändert habe. Unter diesen Umständen wurde das Mißtrauensvotum gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Kurze Nachrichten

Reichspräsident Ebert wird am 11. Mai in Begleitung des Reichskanzlers Dr. Marx in Köln eintreffen, um dort die Rüsterrasse zu eröffnen.

25 Prozent Beamte im Reich abgebaut. Das Gesamtergebnis des Beamtenabbaues ist bis Ende März in der allgemeinen Reichsverwaltung und in den Betriebsverwaltungen des Reiches, vor allem also Eisenbahn und Post, eine Verminderung der Beamtenschaft um 388 118 Personen. Da am 1. Oktober 1923 die Zahl der Reichsbeamten 1 562 700 betrug, sind also rund 25 Prozent abgebaut worden. Dem neuen Reichstag wird eine zusammenfassende Denkschrift über den Personalabbau vorgelegt werden.

Ein Freispruch des Württembergischen Schwurgerichts. In einem Beleidigungsprozeß der württembergischen Regierung gegen den verantwortlichen Schriftleiter des „Völkischen Beobachter“, den früheren Unabhängigen Hermann Esser, erklärten mehrere Zeugen, daß Esser zu der Zeit als der fragliche Artikel im „Völkischen Beobachter“ erschien, welcher der württembergischen Regierung u. a. Beleidigung kommunistischer Hochverrats vorgeworfen hatte, in Berlin weilte. Das Schwurgericht sprach den Angeklagten frei, weil eine Fahrlosigkeit nicht vorliege.

Die Arbeiter der Fabrischen Bleistiftfabrik in Hünners sind in den Streik getreten.

Dr. Dinter nicht gewählt. Der bekannte deutsch-böhmische ...

Der Besuch des serbischen Königs in Paris. Nach dem ...

Badischer Teil

Das Elzwerk

In Zusammenhang mit der im Freiburger Bürgeraus- ...

In einer Aufschrift an die Freiburger „Volkswacht“ wird ...

Die Bedingungen, unter denen das Arbeitsministerium sich ...

Erster Zweck des Wasserwerkes ist es, auf eine zweckmäßige ...

Schon dieser Umstand und die damit gegebene Notwendigkeit ...

Ein solcher Zusammenschluß der Werke stellt nichts Außergewöhnliches ...

Neben diesen grundlegenden Fragen werden noch einige andere Bestimmungen ...

Ferner wird die im Jahre 1922 unerbittlich angegebene ...

Endlich wird auch dem Arbeitsministerium und dem Badenwerk ...

Das Arbeitsministerium hat seinerseits schon im August 1923 ...

Die badischen Reichstagsabgeordneten

Die Zahl der badischen Abgeordneten im Reichstag hat sich ...

Die katholische Kirchensteuerbehörde Badens

Am Mittwoch in Freiburg zur Besprechung des Vorschlags ...

Kanzleileiter Herrl. Geißl. Rat Monsignore Sester führte ...

Zum ersten Vorhinein wurde einstimmig Alt-Reichskanzler ...

Nach einer Ansprache Fehrenbachs teilte Kanzleileiter ...

In der Aussprache nahmen das Wort Stadtrat Gulden ...

Nach weiterer Aussprache wurde die allgemeine Debatte ...

Verurteilte National-Sozialisten

DZ. Konstanz, 8. Mai. Nach fünfständiger Verhandlung vor dem ...

Kommunale Rundschau

Die Stadtverwaltung Offenburg verlangt jetzt eine Anzahl ...

Wohnhäuser durch Baudepositenbücher. Die Braunschweigische ...

Aus der Landeshauptstadt

Aufruf der kleinen Goldanleihehelfer.

Amlich wird mitgeteilt: In der letzten Zeit sind Fälschungen der als Zahlungsmittel ...

Um die Stüde aus dem Verkehr zu ziehen, wird den Inhabern ...

Staatsrat Dr. Schulz, der verdiente frühere Präsident der hiesigen ...

Die Technische Hochschule Karlsruhe wird am Sonntag, den 11. ...

Kurze Nachrichten aus Baden

Tagung des badischen Bauernvereins. Die badische Bauernvereinsorganisation ...

Mannheim, 9. Mai. Auf den Werken der Badischen Anilin- und ...

Mannheim, 8. Mai. Anschlag auf einen Zug. In der Nacht zu 6. Mai ...

Mannheim, 8. Mai. Die in dem Konflikt der Metallindustrie ...

Mannheim, 8. Mai. Der Besuch der fünften Deutschen Erfindungen- ...

Heidelberg, 8. Mai. Am Sonntag, den 10. Mai und am Pfingstsonntag finden die ersten Schloßbeleuchtungen in diesem Jahre statt.

DZ. Pforzheim, 8. Mai. Die Niederschläge der letzten Tage haben ein erneutes Steigen der Flußläufe gebracht. Die Raab ist teilweise über die Ufer getreten.

DZ. Pforzheim. Oberbürgermeister a. D. Ferdinand Habermeier, der 30 Jahre lang an der Spitze der Stadtverwaltung stand, feierte am Donnerstag seinen 70. Geburtstag. Pforzheim zählte bei seinem Amtsantritt kaum 20 000 Einwohner und hat seitdem einen gewaltigen Aufschwung als Industriestadt genommen. Heute beträgt die Bevölkerung 80 000. Der Jubilar war f. B. auch Mitglied der ersten badischen Kammer.

Ettlingen, 9. Mai. Das Sonntagsverbot für Kraftwagen und Krafttrader im Bezirk Ettlingen, das im vorigen Jahre erlassen worden ist, wurde auch für den Sommer dieses Jahres in Kraft gesetzt. Darnach sind an den Sonntagen von vormittags 10 bis abends 7 Uhr die Albststraße von Ettlingen-Marzell, die Straße von Ettlingen nach Pforzheim, die Straße von Scheibhardt nach Ettlingen und die Straße von Ettlingen nach Schöllbrunn gesperrt.

Stahheim, 8. Mai. Am ersten Sonntag des Juni will das Volksschauspiel Stahheim wieder seine Tätigkeit beginnen. Es gelangt auch dieses Jahr das erfolgreiche biblische Stück „Josef und seine Brüder“ zur Aufführung.

DZ. Kehl, 8. Mai. Dem bei einer hiesigen Bank beschäftigten Bankbeamten Schneider, wohnhaft in Freistett, ist, wie die Kehler Zeitung meldet, von der französischen Militärbehörde die fernere Einreise in das besetzte Gebiet untersagt worden, weil er sich durch gehässige Redensarten über die Franzosen in der Eisenbahn unliebsam gemacht hatte.

DZ. Kehl, 8. Mai. In der Trid-Zellstofffabrik ruht seit gestern früh der gesamte Betrieb, nachdem bereits am 6. Mai eine teilweise Stilllegung erfolgt war. Der Grund zur Betriebsstilllegung lag in der Weigerung der Belegschaft, die neunstündige Arbeitszeit durchzuführen. Am 7. Mai fand im Schwarzwälder Hof eine stark besuchte Belegschaftsversammlung statt, die sich auf Verbeibaltung des Achtstundentages und Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter festlegte. Im Laufe des gleichen Tages setzten zwischen Fabrikleitung und dem Gewerkschaftssekretär des Fabrikarbeiterverbandes sowie dem Betriebsrat Einigungsverhandlungen ein.

DZ. Hochemmingen (Amt Donaueschingen), 8. Mai. Großfeuer. Heute vormittag 7.30 Uhr brach in dem alten, ganz aus Holz bestehenden und mit Schindeln edekten Hause des Bürgermeisters Engesser Feuer aus. Binnen 20 Minuten stand das ganze Anwesen in hellen Flammen, so daß es unmöglich war, daraus noch etwas zu retten. Die Mutter der Flammen erlosch das in der Nähe stehende Haus des Waldhüters Josef Durler und zerstörte es. Außer dem Wohngebäude des Bürgermeisters wurden auch die neben und hinter dem Hause liegenden 2 Stallungen, 2 Scheunen und 2 Schöpfen samt Vieh und sonstigem Inhalt ein Raub der Flammen.

Am Oberrhein. Infolge der mehr als reichlichen Regenfälle ist nicht nur der Oberrhein, sondern auch der Niederrhein stark angeschwollen. Der Strom ist auf der ganzen Rheingautrede über seine Ufer getreten und hat teilweise sogar schon die Höhe der Landstraße erreicht, insbesondere zwischen Erbach und Gattersheim. Die Güter- und Personenschiffahrt auf dem Niederrhein ist bis auf weiteres eingestellt worden.

DZ. Unterreichenbach, Ob. Calw, 8. Mai. Vater und Kind ertrunken. Das 3½-jährige Mädchen des Eisenschmieds Erhardt fiel in die hochgehende Raab. Der Vater, ein guter Schwimmer, warf sich in den Fluß, erlitt jedoch einen Schlaganfall und verfiel im tiefen Wasser. Das Kind konnte herausgezogen werden, doch blieben Wiederbelebungsversuche erfolglos. Der ertrunkene Vater konnte erst einige Stunden später oberhalb der württembergisch-badischen Grenze geborgen werden. Erhardt war erst 31 Jahre alt. Im Weltkrieg hatte er einen Lungenschuß erhalten. Diese Verwundung ist wohl auch Schuld, daß er einen Schlaganfall erlitt.

Handel und Wirtschaft

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbankstelle vom 6. Mai ds. Js. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 94 sh 1 d bezw. für ein Gramm Feingold 36,2982 Pence.

Badisches Landestheater.

Samstag, 10. Mai. 6^{1/2}—7¹¹ Uhr. Sp. 14.20 M.

Abonnement C 21. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3401-3800, 6801-6900, 7301-7400.

Peer Gynt.

Spielplan vom 11.—20. Mai.

Im Landestheater. So. 11.* Abonn. E 20. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 6101-6400. Cavalleria rusticana.

— Der Bajazzo. (Sp. I 7.20.) — Mo. 12. Volksbühne Q 2. Die Jungfrau von Orleans. 7^{1/2}. (Sp. I 4.20.)

— Die 13.* Abonn. G 20. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 6401-6700, 6901-7100. Rigoletto. Rigoletto: Kammer- sänger Jan van Gorkum a. G. 7^{1/2}. (Sp. I 5.40.)

— Mi. 14.* Abonn. F 21. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 701 bis 900, 1601-1900. Der Teufelsschüler. 7^{1/2}. (Sp. I 4.20.)

— Do. 15.* Abonn. A 22. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4301-4500, 5201-5300, 5601-5800. Russischer Komödienabend. Die Spieler. Die Kulissen der Seele. Der Heiratsantrag. 7^{1/2}. (Sp. I 4.20.) — Fr. 16.*

Abonn. B 21. Th.-Gem. B.V.B. I. Sondergruppe. Neu einstudiert: Salome. 8. (Sp. I 5.40.) — Sa. 17.*

Abonn. D 22. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2501-2600, 3101 bis 3400, 6001-6100. Uraufführung. Der Schild des Archilochos. Ein Spiel von Wilhelm Zentner. Hier- auf. Zum ersten Male. Amphitryon. Lustspiel in 3 Handlungen und einem Vorspiel von Molière, frei übertragen von Fritz Rumpf. 7^{1/2}. (Sp. I 4.20.)

— So. 18. vorm. 11^{1/2}. VI. Musikalische Morgenfeier des Bad. Landestheaterorchesters. Werke von Beethoven. (1.00 bezw. 0.75.) Abends 6^{1/2}.* Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1401-1600, 4501-4700. Mignon. (Sp. I 7.20.)

— Mo. 19. Volksbühne Q 3. Die Jungfrau von Orleans. 7^{1/2}. (Sp. I 4.20.) — Die 20.* Abonn. C 22. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4701-5000, 7101-7300. Der Zigeunerbaron. 7^{1/2}. (Sp. I 5.40.)

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten u. Vor- kaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vor- zugskarten am Samstag, den 10. nachm. 1^{1/4} bis 5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Um- tausch von Montag, den 12. an. Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäfts- stelle (9-1, 4-6 Uhr).

Berliner Devisennotierungen

in Millionen Mark

	9. Mai		8. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 576 000	1 584 000	1 576 600	1 584 400
Kopenhagen	717 200	720 800	718 100	721 800
Italien	189 500	190 500	189 500	190 500
London	18 405 000	18 495 000	18 455 000	18 545 000
Newyork	4 190 000	4 210 500	4 190 000	4 210 500
Paris	255 400	278 200	271 300	272 700
Schweiz	747 100	750 900	749 100	752 900
Prag	124 600	125 400	124 600	125 400
Wien (100 Kronen)	60 800	61 200	60 800	61 200

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Die Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 8. Mai berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 29. April (124,6) um 0,5 Proz. auf 125,2 gestiegen. Von den Hauptgruppen sanken in der gleichen Zeit Lebensmittel von 110,8 auf 110,3 oder um 0,3 Proz., davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 93,3 auf 92,4 oder um 1 Proz., während die Indu- striestoffe von 160,9 auf 163 oder um 1,4 Proz. davon die Gruppe Kohlen und Eisen von 141,7 auf 146,5 oder um 2,7 Proz. anwuchs. Die Inlandwaren stiegen von 113,3 auf 114,1 oder um 0,7 Proz. Die Einfuhrwaren gaben von 181,2 auf 180,6 Proz. oder um 0,3 Proz. nach. Die Indexziffer für Industriestoffe und Einfuhrwaren, sowie die Gesamtindexziffer vom 29. April ist infolge nachträglicher Änderungen nach- träglich berichtigt. Für den Durchschnitt des Monats April ergibt sich eine Steigerung der Großhandelsindexziffer von 120,7 auf 124,1 oder um 2,8 Proz. Von den Hauptgruppen stiegen in der gleichen Zeit: Lebensmittel von 103,4 auf 103,7 oder um 0,3 Proz., Industriestoffe von 147,4 auf 160,9 oder um 2,4 Proz., Inlandwaren von 108,2 auf 110,7 oder um 2,3 Proz. und Einfuhrwaren von 182,8 auf 185,6 oder um 1,5 Prozent.

Interessengemeinschaft Daimler A.G. und Benz A.G. Die Donnerstag vormittag in Stuttgart tagende Generalversam- lung der Daimler A.G. und die zu gleicher Zeit in Mann- heim tagende Generalversammlung der Benz A.G. beschlo- ßen einstimmig den Abschluß eines Interessengemeinschafts- vertrages, durch den die beiden Firmen berechtigt sind, von den Patenten, Mustern und Konstruktionen wechselseitig Gebrauch zu machen. Der Gewinn beider Gesellschaften wird im Ver- hältnis von 600 zu 546 zwischen Daimler und Benz geteilt. Als einheitliches Verwaltungsorgan wird ein Verwaltungsa- usschuß eingesetzt. Sobald es die beiderseitigen Interessen erfordern, soll eine volle Union vorgenommen werden.

Staatsanzeiger

Nr. 39 652. Ausreisengebühren. An die Handelskammern, die Bezirksämter und die Poststelle Erbach.

Nachstehend wird ein an die Landesfinanzämter gerichteter Erlaß des Reichsministers der Finanzen zur Kenntnis ge- bracht.

Karlsruhe, den 7. Mai 1924.

Der Minister des Innern

J. B. Leers

III Bf 4379. Betrifft: Ausreisengebühren; Unbeden- klichkeitsvermerk für mehrmalige Rei- sen.

Die Finanzämter werden ermächtigt, selbständigen Ge- werbetreibenden und deren Angestellten (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 der Verordnung über Ausreisengebühren), die wiederholt oder regelmäßig notwendige Geschäftsreisen in das Ausland machen müssen und eine entsprechende Erklärung der Handels- kammer vorlegen, einen Unbedenklichkeitsvermerk für mehr- malige Ausreisen in ein bestimmtes Land, in mehrere be- stimmte Länder oder — in besonderen Ausnahmefällen — in das europäische Ausland in Monatsabschnitten bis zu drei Monaten zu erteilen, wobei die Dauer des Aufenthalts im Ausland jeweils nach den Bedürfnissen des Einzelfalles zeitlich begrenzt werden kann. Von der Ermächtigung ist nur in sol- chen Fällen Gebrauch zu machen, in denen nach dem Ermessen des Finanzamtes ein dringendes wirtschaftliches Bedürfnis hierfür vorliegt.

Die Finanzämter, Hauptzoll- und Zollämter an der Grenze sowie die Zollinspektoren für den Grenzaufsichtsdienst sind umgehend hierüber in Kenntnis zu setzen.

Berlin, den 22. April 1924

Der Reichsminister der Finanzen

Luther

Der Münchener Künstlergenossenschaft wurde die Erlaub- nis zum Losbetrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 7. Mai 1924

Der Minister des Innern

J. B. Leers

Dem bayerischen Landesverein vom Roten Kreuz wurde die Erlaubnis zum Losbetrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 7. Mai 1924.

Der Minister des Innern

J. B. Leers

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurufbeförderungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Kriminalinspektor Hermann Waldvogel in Mannheim zum Kriminaloberinspektor, Kriminalinspektor Eduard Stecker in Mannheim zum Kriminaloberinspektor.

Entlassen auf Ansuchen:

Polizeiwachmeister Carl Sprenger in Baden, Polizeiwach- meister Jakob Steinmetz in Pforzheim.

Zurufbefördert:

Polizeiaffistent Friedrich Schabbe in Pforzheim.

Justizministerium

Ernannt:

Zu Gerichtsoberverwaltern die Gerichtsoverwalter: Otto Schiel und Adolf Frey beim Amtsgericht Freiburg, Karl Stein- mann beim Landgericht Freiburg, Heinrich Frey beim Amts- gericht Lahr, Wilhelm Breithaupt beim Amtsgericht Karls- ruhe, Karl Besserer beim Amtsgericht Bühl, Camill Stoh beim Landgericht Offenburg, Franz Fertig beim Amtsgericht Baden, Johann Dumont beim Landgericht Heidelberg, Mar- tus Schneider beim Amtsgericht Lörach und Karl Thum beim Landgericht Karlsruhe; zu Justizoberinspektoren die Ge- richtsoverwalter: Robert Herr bei der Staatsanwaltschaft Frei- burg und Adolf Bertsch beim Amtsgericht Pforzheim, Ober- wachführer Jakob Dattenhofer beim Landesgefängnis Mann- heim zum Inspektor daselbst und Oberaufseher Josef Frank beim Kreisgefängnis Raistatt zum Inspektor daselbst.

Befördert:

Gerichtsoverwalter Friedrich Bahn beim Amtsgericht Heidel- berg und Justizobersekretär Friedrich Nagel bei der Staats- anwaltschaft Heidelberg zum Landgericht daselbst; die Ober- aufseher Emanuel Ludwig beim Amtsgefängnis Billingen zum Amtsgefängnis Bühl, und Adolf Farrenkopf in Wal- dūn zum Amtsgefängnis Wozberg; den Aufseher Erwin Streit beim Amtsgefängnis Mannheim zum Landesgefäng- nis daselbst.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Zurufbefördert auf Ansuchen:

Schulinspektor Anton Wiedemann beim Kreisamtsrat Bruchsal.

Ministerium der Finanzen

Ernannt:

Finanzobersekretär Friedrich Weber zum Finanzinspektor beim Finanzministerium.

Domänenabteilung

Ernannt:

Die Ranglistin Luise Eppinger beim Domänenamt Kon- stanz zur Ranglistaffistentin.

Finanzamtliche Mitteilungen

Nach einer Anordnung des Reichsfinanzministeriums dürfen die in den Händen der Bevölkerung befindlichen Wechselsteuer- markten, statistischen Stempelmarkten und Börsenumsatzsteuer- markten mit Papier-Wennwertmarkten nur noch bis zum 15. Mai 1924 weiterverwendet oder bis zu diesem Tage bei den Betriebsstellen (Finanzämter, Hauptzollämter, Zollämter) umgetauscht werden. An Stelle des Umtausches kann auch Ersatz in bar geleistet werden. Näheres bei diesen Stellen.

Badische Lichtspiele

Konzerthaus

Auf vielseitige Anregung D.316

Samstag, den 10. Mai, abends 8 Uhr

Wiederholung

des Film- und Lichtbilder-Vortrages

Aus dem unbekanntem Mexiko

Führ. von Törckheim, Tapachula

Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße

Papierhandlung Eissele, Werderplatz

Versteigerung 38

Deutsche Literatur

in Gesamt- und Einzelausgaben

Versteigerung den 23. Mai 1924

Katalog umsonst und portofrei durch

S. Martin Fraenkel, Berlin W 35

Lützowstraße 41 D.317

Das Fortiant Philipp- burg versteigert am Mit- woch, den 14. Mai 1924, vormittags 9 Uhr, im Ld- geger in St. Leon. 2375

Mignon SCHOKOLADE PRALINEN KAKAO Qualitäts- Erzeugnisse David Söhne A.-G. halle 25

Vertreter: Alfons Aigeldinger, Karlsruhe Marienstraße 60. Fernruf 2569. D.316

Mathematiker

D.313

gefüht von der Stadt Rosbach in Baden zur Erteilung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts an der beim dortigen Realprogymnasium eingerichteten städtischen Prima (kombinierter Unterricht). Fakultas im Englischen erwünscht, aber nicht Bedingung. Gehalt wie im Staatsdienst. Dienstantritt sofort. Schriftliche Bewerbungen an das Bürgermeieramt Rosbach.

Gebe umsonst einfaches Mittel gegen lästige Haare

Damenbart

belannt. D.247

Frl. Irene Müller, Stuttgart A 7, Sängerk. 5.

Ruhholzversteigerung

Das Fortiant Philipp- burg versteigert am Mit- woch, den 14. Mai 1924, vormittags 9 Uhr, im Ld- geger in St. Leon. 2375

Druck G. Braun, Karlsruhe